

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

## **Aufstieg statt Abstiegskampf - wie wir Deutschland fit für den Aufholwettbewerb nach der Pandemie machen**

Die Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaft fest im Griff. Während die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr um 5 Prozent eingebrochen ist, rückt eine baldige Rückkehr auf das Vorkrisenniveau durch den fortgesetzten Lockdown in weite Ferne. Dabei wird eine Rückkehr zum Status quo ante angesichts der enormen Kosten, die der Kampf mit Corona verursacht hat, längst nicht reichen, um unseren Staat wieder voll handlungsfähig zu machen. Die einzige Möglichkeit, die entstandenen Schulden ohne schmerzhaftes Einschnitte abzutragen, ist Wachstum.

Ein Blick auf längerfristige Indikatoren zeigt indes, dass sich unsere Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich immer weiter verschlechtert. Beim „Länderindex Familienunternehmen“ ist Deutschland um drei Plätze auf Rang 17 abgerutscht und belegt den schlechtesten Platz seit Erstellung des Index. Seit 2008 hat Deutschland damit acht Plätze verloren und ist aus den TOP 10 herausgefallen. Auch beim Wettbewerbsbericht des World Economic Forums (WEF) hat Deutschland seine Spitzenposition eingebüßt. Der Grund: Die schlechte digitale Infrastruktur und die geringe Adaptionsgeschwindigkeit von digitalen Innovationen. Schaut man sich weitere Rankings an, verstärkt sich das Bild eines Abstiegs ins Mittelmaß. Beim International Tax Competitiveness Index liegt Deutschland abgeschlagen auf Rang 15. In den TOP 10 der Weltbank beim „Doing Business Report“ 2019 ist Deutschland nicht mehr zu finden und liegt weit hinter Singapur, Südkorea, den USA und Mazedonien auf dem 24. Rang. Das World Economic Forum stellt darüber hinaus für Deutschland fest, dass die Wettbewerbsintensität immer weiter abnimmt, was zu weniger Innovation und Wachstum führt.

Wenn wir diese Defizite nicht offensiv angehen, wird der Aufholwettbewerb nach der Krise für Deutschland zum Abstiegskampf werden. Die Corona-Pandemie hat die digitalen Defizite in Deutschland, aber auch in ganz Europa schonungslos offengelegt. Während in Südostasien und den USA die Pandemie zahlreichen digitalen Geschäftsmodellen zum Durchbruch verhalf, hinken wir beim Breitbandausbau und der Nutzung neuer Technologien hinterher. Dadurch setzt Deutschland seinen Wohlstand der Zukunft aufs Spiel. Aber ohne Wirtschaftswachstum und Innovation fallen wir zurück. Das bedeutet weniger Lebenschancen für eine ganze Generation und eine Abkehr vom Versprechen

der Sozialen Marktwirtschaft, dass es unsere Kinder einmal besser haben werden. Die wirtschaftliche Zukunftsaussicht wird so zum gesellschaftlichen Pulverfass.

Die Fraktion der Freien Demokraten ist nicht bereit, sich damit abzufinden. Wir wollen gestärkt aus der Krise hervorgehen und Deutschland zum attraktivsten Standort der Welt machen. Mit den folgenden Maßnahmen wollen wir beim Aufholwettbewerb nach der Krise in die Pole Position kommen:

## **Unsere Sofortmaßnahmen gegen die Abstiegsangst: Liberale Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise**

1. **Sofortige Umstellung der Wirtschaftshilfen für Unternehmen und auf das Kieler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen.** Während der Lockdown immer weiter verlängert wird, kommen die Wirtschaftshilfen bei den Unternehmen nicht an. Damit verspielt die Bundesregierung einen schnellen Neustart nach der akuten Corona-Pandemie, weil die Unternehmen nicht die notwendigen Mittel für Investitionen haben werden. Das Versprechen einer unbürokratischen und wirksamen Corona Wirtschaftshilfe hat die Bundesregierung nicht eingelöst. Mit dem von der FDP bevorzugten Kieler Modell liegt ein Ansatz vor, der mittelstandsfreundlich ist, Arbeitsplätze sichert, Marktmechanismen erhält und staatliche Beteiligungen entbehrlich macht.
2. **Kinderbetreuung aufrechterhalten.** Eine Ausweitung des Homeoffice entlässt die Bundes- und Landesregierungen nicht von ihrer Pflicht, die Kitas und Schulen unter Beachten von Hygienemaßnahmen offen zu lassen und vor allem vor Ort die Kommunen mit unbürokratischen Verfahren zu entlasten.
3. **Belastungsmoratorium bis Ende 2022 durchsetzen.** Um der Wirtschaft keine weiteren Steine in den Weg zu legen, fordern wir einen sofortigen Verzicht auf jede Mehrbelastung durch ein nationales Lieferkettengesetz, ein Unternehmensstrafrecht, eine Verschärfung der Außenwirtschaftsverordnung und weitere Steuererhöhungen.
4. **Die Investitionsfähigkeit und das Überleben der Unternehmen sicherstellen** durch die Bereitstellung von Liquidität und Schutz des Eigenkapitals. Genau deshalb muss mit sofortiger Wirkung der steuerliche Verlustrücktrag ausgeweitet werden und Verluste aus den Jahren 2020 und 2021 auf die jeweils vorangehenden Veranlagungszeiträume angerechnet werden.
5. **Die Grenzen in Europa offenhalten.** Der Alltag in der EU ist grenzüberschreitend und entsprechend müssen auch die Maßnahmen ausgestaltet werden. Wir brauchen jetzt gemeinsames europäisches

Handeln, statt Grenzschießungen und überzogener Grenzkontrollen. Entscheidend ist der Fokus auf die gezielte Eindämmung regionaler Infektionsherde und die europäische Zusammenarbeit.

6. **Industriearbeitsplätze sichern.** Ein Industrie-Shutdown hätte zu einem massiven Wirtschaftseinbruch geführt und zu einer Diskussion über die Systemrelevanz von Branchen, die in eine Planwirtschafts- und Neiddebatte geführt hätte. Das zeigt deutlich wie wenig Gespür für die Wirtschaft in der Bundesregierung vorhanden ist. Denn Wertschöpfungsketten sind so komplex, dass wenn am Ende ein Zahnrad fehlt, vieles auf der Strecke bleiben könnte.
7. **Wachstumsfreundliche Stützungsmaßnahmen.** Die staatlichen Stützungsmaßnahmen müssen wachstumsfreundlich gestaltet werden, damit Unternehmen auch bei einem späteren Ausstiegsszenario die für wirtschaftlichem Aufschwung notwendigen Anpassungsmaßnahmen nicht verschleppen und der Wandel von Stützungsmaßnahmen hin zu dauerhaft wettbewerbsfähigen Strukturen nicht durch staatliche Beteiligungen behindert wird.
8. **Globale Lieferketten aufrechterhalten.** Die Exportmärkte werden nach Corona nicht mehr die gleichen wie vor der Krise sein. Gerade die Kunden des industriellen Mittelstands werden in weitaus stärkerem Umfang als vor der Krise Exportfinanzierungslösungen benötigen. Die Hermes-Deckung ist für Auftragswerte zwischen 0,5 und 5,0 Mio. Euro zu komplex und zu teuer. Es fehlt eine Exportbank oder eine Small Ticket-Lösung mit Hermes-Deckung für die Breite des Mittelstands. Ebenso müssen Geschäftsreisen ermöglicht werden durch Vereinbarungen mit anderen Staaten über Visa.
9. **Wirtschaftsentfesselungsgesetz in den Bundestag einbringen** und damit den kostengünstigsten Konjunkturimpuls nutzen. Denn Entbürokratisierung, Beschleunigung des Planungsrechts und Vereinfachung des Vergaberechts schaffen die Chance für mehr Wirtschaftswachstum.
10. **Öffnungsstrategie für die Wirtschaft vorlegen.** Um Planungssicherheit für die Unternehmen und ihre Beschäftigten sicherzustellen, müssen sich Bund und Länder möglichst frühzeitig auf einen bundesweit einheitlichen und verlässlichen Fahrplan für einen geordneten Weg aus dem Lockdown einigen. Dabei darf es nicht zu Regelungen, die z.B. nach Betriebsgrößen bzw. Verkaufsfläche oder Einzelhandelsbranchen differenzieren kommen, diese führen zu Wettbewerbsverzerrungen und Rechtsunsicherheit.

## Unser Rezept für den Aufholwettbewerb nach der Krise: Mit Marktwirtschaft und Innovation schafft Deutschland den Aufstieg zum attraktivsten Standort der Welt

1. **Marktwirtschaft zulassen:** Zur Bewältigung akuter Krisen ist die soziale Marktwirtschaft unerlässlich. Ein mit Aufgaben überlasteter Staat, der riesige Schutzschirme aufspannt und ein allumfassendes Sicherheitsversprechen gibt, wird handlungsunfähig und seine Versprechen brechen. Denn je mehr Aufgaben der Staat dauerhaft übernimmt, umso mehr zentrale staatliche Aufgaben werden vernachlässigt. Ein Vertrauensverlust in die staatliche Ordnung ist aber genau die Situation, die zu vermeiden ist. Damit aus der Corona-Krise keine langfristige Strukturkrise wird, brauchen wir nicht noch mehr staatliche Feinsteuerung, sondern eine Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Wir brauchen Vorfahrt für Wachstum und Beschäftigung. Nur so wird es uns gelingen, den großen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu begegnen. Vom Klimaschutz über den sozialen Ausgleich bis hin zur Alterung der Gesellschaft und den damit steigenden Kosten für Gesundheit, Pflege und Rente. Das wird nur mit den konstituierenden Prinzipien der Marktwirtschaft funktionieren. Privateigentum, offene Märkte, Vertragsfreiheit und Preissysteme, die frei sind und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage wieder ermöglichen und nicht einschränken wie der staatlich festgelegte Mindestlohn, der Mietendeckel oder wettbewerbsverzerrende Subventionen. Damit erneuert die Fraktion der Freien Demokraten das Aufstiegsversprechen für die Mitte. Wir werden die Start- und Lebenschancen verbessern und gleichzeitig auf den gesellschaftlichen Fortschritt setzen, der auf Leistung und Wettbewerb basiert. Die Marktwirtschaft ist die Grundlage für soziale Sicherheit, hohe Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen.
2. **Fachkräfteeinwanderung angehen:** Der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt. Immer mehr Unternehmen in der IT, im Ingenieurwesen oder auch im medizinischen Bereich haben Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden. Bereits heute bleiben in Deutschland vielerorts Stellen unbesetzt - ein Trend, der auch durch die Corona-Krise nicht gestoppt wird. Damit Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Deutschland ihre freien Stellen künftig wieder besetzen können, benötigen wir deutlich mehr Fachkräfte aus Drittstaaten. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung ist eine jährliche Nettoeinwanderung von 260.000 Menschen pro Jahr notwendig, um das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland auf heutigem Niveau zu halten. Aufgrund rückläufiger Einwanderungszahlen aus anderen EU-Staaten sollen mittel- und langfristig etwa 150.000 davon

allein aus Drittstaaten kommen. Die Zielsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes mit 22.000 Fachkräften bleibt damit deutlich hinter dem Bedarf des Arbeitsmarktes zurück. Deshalb brauchen wir ein modernes Zwei-Säulen-System für die Fachkräfteeinwanderung, bestehend aus der reformierten Blue-Card für alle, die bereits ein Arbeitsplatzangebot in Deutschland haben und einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild für die Arbeitsplatzsuche. Zudem brauchen wir transparente und in klarer Zuständigkeit durchgeführte Anerkennungsverfahren, damit die Menschen, die zu uns kommen, auch gemäß ihren Qualifikationen arbeiten können. So können wir den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte an der Spitze platzieren.

3. **Mehr Produktivität wagen:** Um eine höhere Produktivität und Innovation zu erreichen, müssen der Kapitalstock der Unternehmen modernisiert und ausgeweitet sowie mehr Investitionen in Wissen, Forschung und Entwicklung getätigt werden. Erst durch den Dreiklang Wissen, Kapitalstock und Zuwanderung können wir den demographischen Rückgang des Arbeitskräftepotentials kompensieren und nachhaltig reales Wirtschaftswachstum erzielen. Dafür braucht die Wirtschaft mehr Spielräume für private Investitionen. Den Spielraum schaffen wir, indem wir den Solidaritätszuschlag für alle vollständig abschaffen und die Körperschaftssteuer von derzeit 15 % auf höchstens 12,5 % absenken, um international wieder wettbewerbsfähig zu werden. die Erhöhung der Innovationstätigkeit. Auch eine erweiterte steuerliche Forschungsförderung, die die Forschungsprämie mit der Steuerschuld verrechnet oder – im Verlustfall – als negative Steuererstattung ausgezahlt wird kann die Arbeitsproduktivität erhöhen.
4. **Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zusammen denken:** Klimaschutz und Wachstum wie Antagonisten gegeneinanderzustellen ist kontraproduktiv, weil nur eine marktwirtschaftliche Innovationsoffensive die Lösung für den Klimawandel schafft. Wirtschaftswachstum und Wohlstand für alle können durch Innovation und Fortschritt von Umweltverschmutzung, Gefährdung der Biodiversität und CO<sub>2</sub>-Emissionen entkoppelt werden. Die Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung ist aber kleinteilig, national und ineffizient. Sie verhindert durch starre Vorgaben und eine Vielzahl nicht abgestimmter Instrumente Innovationen und langfristige Planungssicherheit. Wir fordern grundsätzliche Technologieoffenheit in der Klimapolitik. Die Diskriminierung von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen gegenüber batterieelektrischen Antrieben muss beendet werden. Erst aus einer positiven Agenda können wir politische Entscheidungen treffen, die uns zu einem Wachstumspfad zurückführen. Für das Erreichen der Pariser Klimaziele und der Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen sind enorme Investitionen nötig. Diese kann der Staat nicht allein durch öffentliche Ausgaben stemmen. Sie

müssen von privaten Unternehmen im internationalen Wettbewerb erwirtschaftet werden. Das beste Mittel dafür sind Marktwirtschaft und Innovationen, nicht De-Growth, Renationalisierung und staatliche Detailsteuerung. Soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit sollten dabei stets im Gleichgewicht stehen. Denn nur wenn nachhaltige Entwicklung zu mehr Wohlstand und Fortschritt führt, ist sie attraktiv als Vorbild für andere Volkswirtschaften.

5. **Flächendeckende, attraktive Digitalisierung der Verwaltung.**

Dazu fordern wir, dass die elektronische Funktion des Personalausweises nutzerfreundlicher und kostenlos zur Verfügung gestellt wird und die Nutzung der digitalen Unterschrift flächendeckend möglich und anwendbar. So sollen Behördengänge digitalisiert, die Liste der für die Funktion des Ausweises berechtigten Verwaltungsdienstleister ausgeweitet und die im Personalausweis hinterlegte, zertifizierte und digitale Unterschrift breit akzeptiert werden. Ziel müssen unkomplizierte Online-Verfahren sein: Von einer Unternehmensgründung in 24 Stunden bis hin zur digitalen Meldebescheinigung - digitalisiert, gebündelt und vereinfacht.

6. **Digitale Infrastruktur mit Marktanreizen ausbauen:** Die OECD hat berechnet, dass ein zusätzlicher Ausbau des Breitband-Internets um 10 Prozentpunkte die volkswirtschaftliche Produktivität um mehr als 1,5 Prozent beschleunigen würde. Neben dem Ausbau der Internetinfrastruktur müssen aber gerade kleine und mittlere Unternehmen mehr Investitionen in die Digitalisierung vornehmen, weil es bereits heute eine digitale Spaltung zwischen Innovatoren und abgehangenen Unternehmen in Deutschland gibt. Ein Eigenkapitalturbo kann hier Anreize schaffen, damit Start-ups und Wachstumsunternehmen langfristig und nachhaltig ihr Eigenkapital investieren, z.B. durch die Verbesserung der Thesaurierungsbegünstigung (§34a EStG) und eine Sonderabschreibung für Wirtschaftsgüter, die der digitalen Transformationen dienen soll. Aber nicht nur die Unternehmen, sondern die öffentliche Verwaltung muss sich digitalisieren. Die Wirtschaftsweisen kommen zum Schluss, dass eine stärkere Digitalisierung der Verwaltung und ein Ausbau des Angebots an E-Government die Produktivität des öffentlichen Sektors erhöhen und gleichzeitig einen Nachfrageimpuls für digitale Dienstleistungen setzen.

7. **Wettbewerb verstärken und weltweite Spielregeln für digitale Märkte gestalten:**

Um mehr Produktivität zu erreichen, brauchen wir auch eine neue Wettbewerbsoffensive. Die Monopolkommission und das World Economic Forum stellen für Deutschland und andere Industrieländer eine verstärkte Marktkonzentration fest. Das hat zum einen mit der Marktmacht der großen Internetgiganten zu tun. Zum anderen brauchen wir aber nicht nur hier, sondern auch in den traditionellen Branchen mehr Wettbewerb statt

steuernder und wettbewerbsreduzierender Industriepolitik, wie sie die Bundesregierung in Deutschland und Europa plant. Es ist daher besser, das Wettbewerbsrecht an den digitalen Wandel und die Globalisierung anzupassen, insbesondere bei der Fusionskontrolle und der Missbrauchsaufsicht. Wenn schon Industriepolitik, so müsste diese groß gedacht sein. Statt mit einer Milliarde für die Batterieforschung einen Tropfen auf den heißen Stein zu liefern, der aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einer dauerhaften Wettbewerbsfähigkeit führen wird, sollten lieber europäische Projekte zu Energiegewinnung und -transport angestoßen werden. Vorstellbar wären etwa große Solarparks in Südeuropa, mit denen in großem Stil Wasserstoff produziert wird, welcher wiederum beispielsweise zur Herstellung von E-Fuels verwendet werden kann.

8. **Freihandel voranbringen:** Die Rufe nach einer Re-Nationalisierung und einer De-Globalisierung würden mehr Wohlstand auf der Welt vernichten, als es die Corona-Pandemie selbst könnte. Der freie und regelbasierte Handel ist auch weiterhin der beste Garant für eine friedliche und wohlhabende Welt. Vor allem Deutschland ist am stärksten von offenen Märkten abhängig. 75 Prozent aller in Deutschland produzierten PKW werden exportiert. Ohne eine Vielzahl von Freihandelsabkommen, wird das Geschäftsmodell der deutschen Automobilindustrie gefährdet. Es ist daher offensichtlich, dass der Automobilstandort und vor allem die Produktion in Deutschland nur durch offene Märkte und Freihandelsabkommen wie CETA, JEFTA oder Mercosur erhalten werden können.
9. **Unternehmertum stärken:** Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 2020 berechnet, dass die Arbeitnehmereinkommen um 0,5 Prozent, die Unternehmer- und Vermögenseinkommen sogar um 7,5 Prozent zurückgegangen sind. Der starke Einbruch der Unternehmereinkommen zeigt, dass die tatsächliche Beanspruchung der staatlichen Hilfen durch die Wirtschaft insgesamt deutlich unter den in Aussicht gestellten Finanzmitteln liegt, obwohl die Bedarfe bei den Unternehmen dringlich sind. D.h. die Wirtschaftshilfen kommen bei den Unternehmen nicht an, während zum Beispiel das Kurzarbeitergeld die gewünschte Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt entfaltet. Damit verspielt die Bundesregierung einen schnellen Neustart nach der akuten Corona-Pandemie, weil die Unternehmen nicht die notwendigen Mittel für Investitionen haben werden. Noch viel drastischer ist das Zeichen für Selbstständige, Freelancer, Freiberuflerinnen und Freiberufler, deren Risiko- und Innovationsbereitschaft nicht gewürdigt werden. Eine stärkere finanzielle Entlastung für Unternehmen ist deshalb auch für Stärkung des Unternehmertums wichtig.

10. **Soziale Sicherungssysteme reformieren:** Mit 39,95 Prozent liegen die Lohnnebenkosten bereits heute auf einem sehr hohen Niveau. Für Kinderlose betragen die Sozialversicherungsbeiträge aktuell schon über 40 Prozent. Durch die Corona-Krise geraten diese noch deutlicher unter Druck. Um Arbeit nicht noch stärker zu verteuern, dürfen wir uns langfristig nicht einfach mit immer höheren Beitragssätzen abfinden. Die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer- und Arbeitgeber unter 40 Prozent muss das Ziel sein. Damit eine Querfinanzierung durch den Steuerzahler über Bundeszuschüsse verhindert wird, müssen die einzelnen Zweige der Sozialversicherung durch Strukturreformen zukunftsfest ausgestaltet werden. Zusätzlich ist es dringend nötig, die private Altersvorsorge attraktiver und aktienorientierter auszugestalten. Es ist ein leeres Versprechen von Union und SPD, bis zum Ende der Legislaturperiode die Gesamtbelastung aus Sozialversicherungsbeiträgen unter 40 Prozent zu halten. Allein der Rentenversicherungsbeitrag soll laut Rentenversicherungsbericht bis 2030 von heute 18,6 auf dann rund 22 Prozent ansteigen. Hier wirkt die unverantwortliche, allein auf Leistungsausweitungen fokussierte Politik der GroKo der vergangenen acht Jahre als Brandbeschleuniger.

Ansprechpartner:  
Michael Theurer, stellv. FDP-Fraktionsvorsitzender  
Telefon: 030 227 - 79413 – E-Mail: michael.theurer@bundestag.de